

Lenins Lehre der Koexistenz und Deutschland

„Friedliche Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten ist möglich und nützlich.“ Zu dieser Einschätzung Walter Ulbrichts auf dem 12. Plenum des ZK der SED gelangten die Teilnehmer eines gesamtdeutschen Gesprächs, das von Kommilitonen der Karl-Marx-Universität und der Marburger Philipps-Universität über das Thema „Die Lehre Lenins von der friedlichen Koexistenz und ihre aktuelle Bedeutung“ Ende April in Leipzig geführt wurde. Von Vertretern beider Delegationen wurden Referate gehalten, an die sich eine sachliche, interessante und für alle nützliche Diskussion anschloß.

Die Hauptanliegen unseres Referats waren erstens, den wissenschaftlichen Charakter der Politik der friedlichen Koexistenz nachzuweisen und zu begründen, die Politik der friedlichen Koexistenz als Generallinie der Außenpolitik aller sozialistischen Staaten unter allen Bedingungen darzustellen und jegliche Behauptungen, die die Politik der friedlichen Koexistenz sei eine „Taktik“ oder sie sei die „Politik des Exports der Revolution“, als Verleumdungen zu widerlegen.

Die zweite Aufgabe unseres Referats war, zu zeigen, in welcher Weise die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten ihre Anwendung finden muß, war der Nachweis, daß die Vorschläge unserer Regierung zur Bildung einer deutschen Konföderation, zur elapenweisen vollständigen Abrüstung in beiden deutschen Staaten, zum Abschluß eines zehnjährigen Friedens zwischen beiden deutschen Staaten, zur Bildung einer deutschen Friedenskommission und unser Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten die schöpferische Anwendung der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz auf die besonderen, komplizierten Bedingungen in Deutschland — Existenz von zwei Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung innerhalb einer Nation — darstellen.

Der Marburger Korreferent, Herr Ulbrich, analysierte in seinen Darlegungen die Koexistenz-Auffassungen einiger Politiker und kam zu dem Schluß, eine wissenschaftliche Definition enthalte die Einschätzung von Chruschtschow. Herr Ulbrich unterstreicht, daß die Politik der friedlichen Koexistenz nur im Zusammenhang mit den marxistisch-leninistischen Auffassungen über Krieg und Frieden, überhaupt nur im Rahmen des gesamten Marxismus-Leninismus zu verstehen, daß sie ein Bestandteil des Marxismus-Leninismus sei.

Meinungsverschiedenheiten gab es darüber, ob die Lehre von der friedlichen Koexistenz zu Recht auf Lenin zurückgeführt werde, wie weit Lenin bereits eine geschlossene Lehre der friedlichen Koexistenz erarbeitet habe. In der Diskussion wurde von unserer Seite betont, daß die Lehre von der friedlichen Koexistenz von Lenin erarbeitet, untrennbar mit der Leninschen Theorie der sozialistischen Revolution verbunden ist, daß die letzten Arbeiten von Lenin und die ersten Dekrete der Sowjetmacht viele Hinweise und alle Prinzipien der Politik der friedlichen Koexistenz dem Inhalt nach enthalten und daß nicht zuletzt die Außenpolitik des Sozialstaates — in den ersten Jahren direkt unter Lenins Leitung und später in seinem Sinne weitergeführt — eine Anwendung der Politik der friedlichen Koexistenz in der Praxis darstellt. Wir führen also die Politik der friedlichen Koexistenz mit Recht auf Lenin zurück und sehen in ihm den Begründer der Außenpolitik sozialistischer Staaten.

Seit dem Tode Lenins haben sich die Bedingungen und Möglichkeiten für die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz verändert, heute ist — bedingt durch den Stand der Kriegstechnik und die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen — die Erhaltung des Friedens zur Lebensnotwendigkeit für die Menschheit geworden, heute sind alle Kräfte vorhanden, um das friedliche Nebeneinanderbestehen der Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung zu sichern und zu erhalten. Aus diesen Gründen gewinnt die Politik der friedlichen Koexistenz heute ständig an Bedeutung.

In der den Referaten folgenden Ansprache standen die deutschen Probleme im Mittelpunkt. Ein Teil unserer westdeutschen Gesprächspartner bezweifelte die Richtigkeit unserer Einschätzungen über die militärische Außenpolitik der Bundesrepublik, wandte sich gegen die Charakterisierung des westdeutschen Staates als „Hauptgegner der Entspannung, Abrüstung und friedlichen Koexistenz in Europa“ und begründete seine Ansicht u. a. damit, daß die einsatzfähigen Truppen der Bundeswehr nicht unter der Verfügungsgewalt der Bundesregierung stünden und deshalb niemals für die aggressiven Ziele einiger militaristischer Kreise — deren Existenz nicht bestritten wurde — ausgenutzt werden könnten. Mit exaktem Tatsachenmaterial wiesen unsere Diskussionsredner nach, daß gegenüber der Führung der Bundeswehr alle Anstrengungen darauf richten, diese Einschränkungen zu umgehen, eine Territorialarmee aufzubauen, zur herrschenden Kraft in der NATO zu werden, die Führung der NATO weitgehend in deutsche Hände zu bringen, die NATO zur ersten Atommacht zu machen, um über die NATO ihre aggressiven Ziele zu verwirklichen. Strauß nannte auf dem 10. CDU-Parteitag in Köln nicht umsonst die Bundeswehr den „Eckpfeiler der NATO“.

Wir versuchten unseren Gesprächspartnern klarzumachen, daß diese Politik der Bundesrepublik bei allen friedliebenden Deutschen Befürchtungen über die Zukunft Deutschlands hervorruft, daß diese Politik nicht nur den Frieden des deutschen Volkes, sondern auch der Völker Europas gefährdet, daß es deshalb um so wichtiger für das deutsche Volk ist, seine Verantwortung zu erkennen und entsprechend zu handeln. Die Leipziger Gespräche und ihre Ergebnisse waren ein Ausdruck der Mitverantwortung der deutschen akademischen Jugend für die Geschichte und die Zukunft unseres Volkes.

Christa Großer

Zu Problemen der antikolonialen Bewegung, der nationaldemokratischen Revolution und des Neokolonialismus

spricht in der 10. Veranstaltung des Marxistischen Kolloquiums (Vortragsveranstaltung aller drei Fachrichtungen) am Montag, dem 15. Mai 1961, 18 Uhr im großen Hörsaal des Physiologischen Instituts,

Herr Prof. Dr. Walter Markov,

Direktor des Instituts für allgemeine Geschichte, Leiter des Forschungszentrums für die Geschichte Afrikas, Asiens und Lateinamerikas und Vorsitzender der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft in der DDR.

Ausgehend von der internationalen wissenschaftlichen Konferenz zu Problemen des Neokolonialismus, die vor wenigen Wochen an der Karl-Marx-Universität veranstaltet wurde, beantwortet Prof. Dr. Markov die Fragen, die von Wissenschaftlern gestellt wurden:

● Worin bestehen Wesen und Erscheinungsformen des Neokolonialismus — Was unterscheidet sie vom Kolonialismus alter Prägung?

● Was charakterisiert die Spezifik des Neokolonialismus in den USA und in Westdeutschland, die doch keine Kolonien besitzen und umfangreiche materielle „Hilfsprogramme“ verwirklichen?

● Können wir nationaldemokratische Staaten unterstützen, in denen offener Antikommunismus betrieben wird?

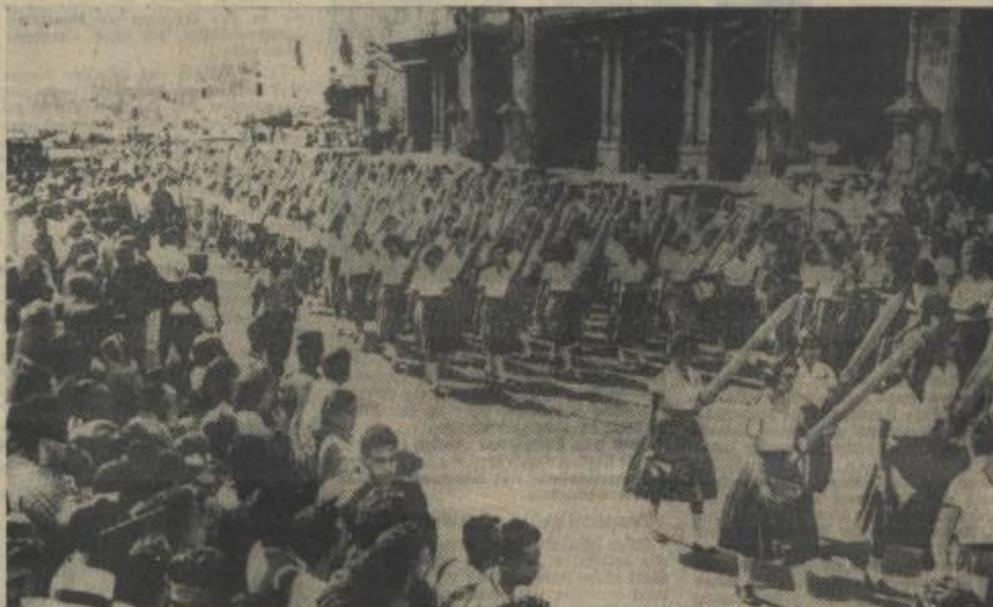
● Herrscht in den nationaldemokratischen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas a) die Bourgeoisie oder die Arbeiterklasse? b) die Mittelschichten oder die Intelligenz? c) eine Koalition, die „über den Klassen“ steht?

● Ist die Unterstützung der Bewegung gegen den Neokolonialismus ein „taktisches Manöver“ der Kommunisten? Welche Beziehungen bestehen zwischen der nationaldemokratischen und der sozialistischen Revolution?

● Wie ist der Charakter der kubanischen Revolution einzuschätzen?

● Welche Rolle spielt die Intelligenz in den antikolonialen Bewegungen und den nationaldemokratischen Staaten?

Im Anschluß an den Vortrag erfolgt die Uraufführung eines Fernsehdokumentarfilms über die Haltung unserer Republik zum antikolonialen Befreiungskampf und den westdeutschen Neokolonialismus in seinen konkreten Erscheinungsformen.



Jahr der Bildung in Kuba — das Analphabetentum wird ausgerottet, Jugendliche mit überdimensionalen Bleistiften bei einer Demonstration in Havanna. Foto: Zfj

Der Staatskapitalismus in den jungen Nationalstaaten

In jüngster Zeit haben die Fragen des Staatskapitalismus an Bedeutung stark zugenommen. Spielt doch gerade in den jungen Nationalstaaten der Staatskapitalismus heute teilweise eine entscheidende Rolle. Das macht es aber notwendig, ihn richtig einzuschätzen.

Dabei muß man von vornherein den Staatskapitalismus streng vom staatsmonopolistischen Kapitalismus unterscheiden. Während der staatsmonopolistische Kapitalismus unmittelbar aus den Monopolen erwächst, im wesentlichen die Unterwerfung des Staates und damit des gesamten öffentlichen Lebens unter die Allmacht der Monopole darstellt und dadurch einen durch und durch reaktionären Charakter trägt, der die Demokratie untergründet, beinhaltet der Staatskapitalismus in den jungen Nationalstaaten eine ganze Reihe fortschrittlicher Züge.

Der Staatskapitalismus ist vorwiegend durch die Einflußnahme des Staates auf die kapitalistische Wirtschaft gekennzeichnet. Der Staat tritt hier — wie Engels im „Anti-Dühring“ auf Seite 345 schreibt — als ideeller „Gesamtkapitalist“ auf. Der Staatskapitalismus entstand bereits durch ganz andere Umstände als der staatsmonopolistische Kapitalismus. Der staatsmonopolistische Kapitalismus setzt den vollentwickelten Imperialismus voraus und kommt allein auf seiner Grundlage zustande. Der Staatskapitalismus in den jungen Nationalstaaten hingegen wurde aber gerade im Kampf gegen die imperialistische Unterjochung und Ausplünderung wie auch als ein Mittel zur rascheren Beseitigung des Feudalismus, der in den ehemals kolonialen Ländern besonders ausgeprägt war und von den ausländischen Monopolen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft noch dazu stark gefördert wurde, geboren.

Um sich von der ausländischen Monopolbourgeoisie nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich unabhängig zu machen, wurden die jungen Nationalstaaten durch die Ereignisse teilweise geradezu in den Staatskapitalismus hineingedrängt.

Um den Einfluß des Auslandskapitals zurückzudrängen, wurden z. B. in Indonesien Betriebe der holländischen Monopole, in Ägypten der Suezkanal usw. verstaatlicht.

Die Entstehung und Entwicklung von Staatskapitalismus ist aber zugleich eine Hauptform des Staatskapitalismus. Verstaatlichte Betriebe sind auch eine Eigenschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus, aber dort sind sie eben im Interesse der Monopole verstaatlicht. In den schwach entwickelten Ländern hilft diese Form des Staatskapitalismus zum schnelleren Aufbau einer eigenen Industrie. Die nationale Bourgeoisie wird hier teilweise immer mehr davon überzeugt, daß die Rückständigkeit des Landes nicht durch die meist noch auf handwerklichen Niveau beruhende zerstückelte Produktion und Finanzierung derselben und auch nicht allein durch ausländische Unterstützung entwickelt werden kann, sondern daß hier durch den „kollektiven Gesamtkapitalisten“ eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung und damit auch die Festigung ihrer Unabhängigkeit wesentlich erfolgreicher verläuft. Zugleich erleichtert das den Kampf gegen die mit dem Auslandskapital verbundenen Teile der Bourgeoisie und ermöglicht schwerpunktmäßige Investitionen in besonders

lebenswichtigen Zweigen der Grundstoffindustrie. So sind beispielsweise in Indien die Zweige der Schwerindustrie überwiegend zu staatlichen Industrien erklärt worden.

Wohl gemerkt, es handelt sich hierbei um eine Verstaatlichung auf kapitalistischer Grundlage, aber in Ländern, in denen die nationale Bourgeoisie eine fortschrittliche Rolle spielt. Deshalb heißt es auch hierzu in der Erklärung der Moskauer Arbeiterparteien: „Große Bedeutung hat in diesen Ländern die auf demokratischer Grundlage beruhende Bildung und Erweiterung eines staatlichen Sektors in der Volkswirtschaft, besonders in der Industrie, der von ausländischen Monopolen unabhängig ist und sich sukzessive in den bestimmenden Faktor der Wirtschaft des Landes verwandelt.“

Der Staatskapitalismus äußert sich aber auch in anderen Formen, wie z. B. in Versuchen einer Planung der Wirtschaft (In-



Die Enteignung der großen Latifundien und die Übergabe von Land an Landarbeiter und landarme Bauern war eine der wichtigsten Maßnahmen der kubanischen Revolution. Stolz halten die Bauern ihre Besitzurkunden in den Händen.

MARGINALIEN

Ein „Institut für Sowjetologie“

Der Innenminister des Bonner Staates, Schröder, hat ein Bundesinstitut „zur Erforschung des Marxismus-Leninismus“, ein „Institut für Sowjetologie“ mit dem Sitz in Köln ins Leben gerufen. Wie verlautet, soll sich das Institut um eine „systematische wissenschaftliche Durchdringung der marxistischen Lehre“ bemühen.

Wenn man sich ansieht, wer die Personen sind, die Schröder ins Direktorium berief, und woher sie kommen, weiß man, was das heißt.

Thalheim ist Abteilungsleiter an der größten Spezialabteilung für „Ostforschung“, am Osteuropa-Institut in Westberlin. Die Einrichtung steht an der Spitze in der Ausbildung von „Ostexperten“, die vor allem nach einer geplanten gewalttätigen Eroberung dieser Länder Verwendung finden sollen.

Meißner, Legationsrat I. Klasse, ist in Kiel an einem 1937 bis 1959 neu geschaffenen Zentrum der Ostforschung tätig. Es wurde ins Leben gerufen, um den gesamtdeutschen Gesprächen zwischen der Universität Greifswald und der Universität Kiel sowie den von der Ostsee ausgehenden Friedenssäden zu begehen.

Stöckl lehrt osteuropäische Geschichte an der Universität Köln, einem der neuen Zentren der Ostforschung.

Das von Jesuitenpater Gustav Wetter geleitete Collegium Russicum ist mehrmals dadurch in das Licht der Öffentlichkeit gerückt durch seine Verwicklung in Spionageangelegenheiten in volksdemokratischen Staaten. Im übrigen ist Wetters gänzlich mißglückte Revolte wider Verunft und Wissenschaft sattem bekannt, seine „Enzyklopädie der Widerlegung des Marxismus“, wie sein Hauptwerk in Westdeutschland genannt wird. Bereits vor einigen Jahren unterzog es Nationalpreisträger Prof. Dr. Georg Klaus einer Analyse, die das Buch als unwissenschaftliches Machwerk, als Summe grober Fälschungen und willkürlicher Interpretationen des Marxismus entlarvte.

„Gleich sagen, daß Farbige unerwünscht“

Im „Hamburger Abendblatt“ vom 24. April lasen wir: „Beim Studentenwerk gehen täglich rund hundert Nachfragen ein, denen nur fünf bis zehn Zimmerangebote gegenüberstehen. Die Preise sind dabei oft noch unsummt hoch. So wurden für nur sechs Quadratmeter große Zimmer im entfernten Geesthacht 80 D-Mark verlangt. Ein acht Quadratmeter großer Raum ohne Heizung und Bett in der Vereinsstraße sollte das gleiche bringen. Ein anderes Problem: farbige Studenten. Viele werden, wenn sie auf Zimmerangebote kommen, an der Tür abgewiesen. Ein Ghanaer hat das dreimal erlebt und ist jetzt von Hamburg weggegangen. Es wäre besser, wenn die Vermieter gleich den Hinweis gäben, daß Farbige nicht erwünscht sind.“

Wohl gemerkt: Nicht etwa darum geht es, daß Rassendünkel und Chauvinismus verschwinden und vernünftige Beziehungen zwischen Bevölkerung und ausländischen Studenten zustande kommen, sondern im Gegenteil darum, daß sie ihre eventuelle (das heißt die bei ihr systematisch gezielte) Abneigung klar genug zum Ausdruck bringt!

dien, Indonesien, Ägypten, neuerdings auch Guinea und andere afrikanische Länder) u. a.

Je stärker diese und andere staatskapitalistische Formen aber entwickelt werden, desto deutlicher müssen sie zwangsläufig in Widerspruch zu den kapitalistischen Grundlagen geraten, auf denen sie beruhen. Dann aber entscheiden erneut die gegebenen Klassenkräfte über den weiteren Weg in diesen Ländern. Geist der staatliche Sektor mit zunehmender Konzentration der Produktion in die Hände reaktionärer Kreise, so kann sich der Staatskapitalismus auch in diesen Ländern in einen staatsmonopolistischen Kapitalismus verwandeln und die Freiheit und Demokratie untergraben. Solche Tendenzen treten beispielsweise in Ägypten auf, ohne daß wir dort bereits von einem ausgeprägten staatsmonopolistischen Kapitalismus sprechen können.

Hat sich aber die Gruppierung der Klassen inzwischen so verändert, daß sich die mit demselben Prozeß festigende Arbeiterklasse im Bündnis mit der gerade in diesen Ländern außerordentlich starken Bauernschaft an die Spitze des weiteren Kampfes stellt und die Entwicklung des Landes leiten kann, so sieht der Übergang zum Sozialismus unmittelbar bevor, wobei gerade dieser staatliche Sektor in der Wirtschaft den Übergang bedeutend erleichtern wird. Dieser Prozeß wird durch die Existenz und die Anziehungskraft des sozialistischen Weltsystems außerordentlich stark unterstützt. Das alles sind Gründe, durch die die kommunistischen Parteien in jungen Nationalstaaten (und nicht nur in diesen) stets die Nationalisierung befürworten und ihre Durchsetzung verwirklichen helfen. Letzten Endes gibt die Entwicklung in Kuba einen anschaulichen Beweis für die Richtigkeit und Durchsetzung dieser Entwicklungslinie.

Einige Literaturhinweise: „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“, Lehrbuch, Dietz Verlag, Berlin 1960, insbesondere S. 318—330, u. 432—484.

Gustav Herzfeld und Paul Markowski: „Einige Probleme der nationalen Befreiungsbewegung“ in „Einheit“ Nr. 10 1960, S. 1586 ff.; Juan Marinello: „Zwei Jahre Aufbau in Kuba“ in „Neue Zeit“, Nr. 4 1961, S. 3 bis 4.

Universitätszeitung, Nr. 19, 10. 5. 1961, S. 3